



Verband der bayerischen
Lehr- und Beratungskräfte
Stellv. Vorsitzender Georg Mayer

Schwarzacher Str. 11
92548 Unterauerbach

Telefon priv.: 09675/1303
Telefon dienstl.: 0941/2083-151
Fax dienstlich: 0941/2083-200

Unterauerbach, 08.06.2006

Herrn Staatsminister
Josef Miller
Bayerisches Staatsministerium für Land-
wirtschaft und Forsten
Ludwigstraße 2
80535 München

Befragung der VELA-Mitglieder

Anlage: 1 Fragebogen mit Auswertung z. K.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

in den vergangenen Wochen hat der Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte im höheren Dienst – Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft (VELA) mittels eines Fragebogens die aktiven Mitglieder der Landwirtschaftsverwaltung. Ziel dieser Aktion war es, Informationen zur derzeitigen Befindlichkeit im Beruf und um Anregungen zur künftigen Verbandsarbeit zu erhalten. In der Anlage ist der Fragebogen zur Kenntnis beigelegt. Er enthält die Auswertung der zurückgesandten Fragebögen.

In Absprache mit und im Auftrag unseres 1. Vorsitzenden, Herrn Josef Konrad, der sich derzeit im Urlaub befindet, möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, aktuell über das Ergebnis dieser Aktion informieren.

Der Fragebogen wurde an insgesamt ca. 720 aktive Mitglieder an ÄLF, FÜAK, Landesanstalten und StMLF versandt. Der Rücklauf von 194 Fragebögen entspricht einer sehr erfreulichen Rücklaufquote von knapp 30 %.

Wie Sie aus dem Fragebogen entnehmen können, bezogen sich die Fragen auf die derzeitige berufliche Situation des Einzelnen, die Betroffenheit und Meinung zur Verwaltungsreform 21, die beruflichen Perspektiven der Kolleginnen und Kollegen, sowie auch Verbandsangelegenheiten.

Im Folgenden möchte ich Ihnen eine Zusammenfassung der Auswertung der zurückgesandten Fragebögen geben. Die Auswertung gibt das Durchschnittsergebnis wieder, aus gewertet nach Regierungsbezirken und nach Abteilungen bzw. Tätigkeitsbereichen. Wie zu erwarten gab es vor allem zwischen den Abteilungen bzw. Tätigkeitsbereichen, aber auch zwischen den Regierungsbezirken teilweise deutliche Unterschiede.

Hier nun die Ergebnisse:

Zu Frage 1, 2 und 3:

Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich insgesamt qualitativ nicht überfordert (\emptyset 0,56), aber besonders in der Abteilung L 1 (Förderung) zeigt der Wert von $-0,67$ eine deutliche Überforderung an.

Der hohe Arbeitsdruck in unsrer Verwaltung zeigt das Ergebnis der Frage 2 mit $\emptyset -0,36$ wobei auch hier die Abteilung Förderung ($-1,61$) besonders heraussticht.

Dementsprechend sind auch viele Kolleginnen und Kollegen in der L 1 mit ihrer momentanen beruflichen Situation nicht besonders zufrieden (-0,83). Hier fällt aber auch die Unzufriedenheit im Regierungsbezirk Unterfranken ins Auge, wohl eine Folge der Verwaltungsreform mit dem Verlust an Funktionsstellen, Versetzungen und der Konzentration von Funktionsstellen in Südbayern (FÜAK, Landesanstalten, STMLF).

Diese latente und teilweise dauernde Überforderung stellt u. E. eine Gefahr für die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen dar. Sollte der Personalabbau weitergehen, können manche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Lösungsmöglichkeiten wären u. E. entweder zusätzliches Personal, Aufgabenabbau, aber vor allem weniger Bürokratie und eine Vereinfachung, insbesondere im Fördervollzug.

Zu Frage 4, 5 und 6:

Wie erwartet werden relativ viele Kolleginnen und Kollegen von der Verwaltungsreform tangiert (+ 0,83), besonders in den Abteilungen L 2 und L 3.

Die Forderung unseres Verbandes, dass die Bediensteten angehört werden sollten, wurde nur teilweise in ausreichendem Maße erfüllt. Das Gesamtergebnis (+ 0,09) spiegelt hier die teils großen Unterschiede zwischen den Tätigkeitsbereichen und Regierungsbezirken nicht wider.

Angesichts der Fülle an notwendigen Personalveränderungen fällt positiv auf, dass die persönlichen Wünsche doch in vielen Fällen soweit möglich berücksichtigt (\emptyset -0,06) wurden.

Zu Frage 7, 8 und 9:

Erfreulich aus der Sicht des Verbandes der Beamten im höheren Dienst ist die Tatsache, dass der weitaus überwiegende Teil der Mitglieder sich laufbahngerecht eingesetzt fühlt (\emptyset +2,25).

Auch die Besoldung empfinden die meisten als leistungsgerecht.

Gleichwohl halten sehr viele Mitglieder die bisherigen Maßnahmen zur Haushaltssanierung wie Arbeitszeitverlängerung, Kürzung bzw. Wegfall von Sonderzahlungen ... für nicht in Ordnung (\emptyset -1,37).

Die Verärgerung über die Arbeitszeitverlängerung ist besonders groß. Der Verband fordert deshalb, dass die Reisezeiten außerhalb der Regelarbeitszeit künftig in vollem Umfang (nicht nur zu 1/3) auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Dies ist insbesondere auch deshalb gerechtfertigt, da die Dienstgebiete sich für die allermeisten Kolleginnen und Kollegen durch die Verwaltungsreform deutlich vergrößert haben und damit die Wegstrecken und Reisezeiten entsprechend länger geworden sind.

Zu Frage 10 und 11:

Viele Kolleginnen und Kollegen sind offenbar trotz alledem mit ihrem Beamtendasein zufrieden und würden auch heute wieder Beamter werden (\emptyset +0,58). Dies ist sicher zum Teil aber auch durch die allgemeine schlechte Lage am Arbeitsmarkt impliziert.

Allgemeine Unzufriedenheit herrscht aber bzgl. der derzeitigen Entwicklungs- bzw. Beförderungsmöglichkeiten für den Einzelnen. Allein durch eine baldige Beförderung von bestellten Abteilungsleitern bzw. auch von stellvertretenden Abteilungsleitern in großen Abteilungen nach A 15 könnte hier ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Situation geleistet werden.

Zu Frage 12 und 13:

Mit den persönlichen und fachlichen Weiterbildungsmöglichkeiten durch unsere FÜAK sind die meisten zufrieden (\emptyset +0,67). Allerdings gibt es besonders in der L1 eine deutliche Unzufriedenheit (-0,83). Besonders neue Abteilungsleiter der Abteilung L1 sollten künftig eine Möglichkeit

der Einarbeitung erhalten und für ihr sehr schwieriges Aufgabenfeld „Förderung“ speziell intensiv geschult werden.

Ganz eindeutig (Ø +2,15) ist die Meinung der Kolleginnen und Kollegen dazu, dass neue Aufgaben (z. B. VNP) nur bei entsprechender Bereitstellung von Personal und finanziellen Mitteln übernommen werden sollten.

Zu Frage 14, 15 und 16:

Derzeit wird bei den Kolleginnen und Kollegen die Reform und die Zukunft der staatlichen Landwirtschaftsberatung diskutiert. Die Meinungen darüber gehen sehr weit auseinander und es herrscht vor allem eine große Verunsicherung und Angst vor, was die Zukunft der Beratung belangt. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Umfrage wider.

Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, die Reform in Teilbereichen nochmals zu überdenken, die staatliche Beratung entsprechend fest und konkret im Agrarwirtschaftsgesetz (AWG) zu verankern und die Beratung von zusätzlichen und teils unnötigen Aufgaben freizuhalten. Nach der Vielzahl an Reformen und teilweise tiefgreifenden Veränderungen ist es u.E. auch wichtig, dass in absehbarer Zeit keine weiteren Reformen auf die Landwirtschaftsverwaltung und insbesondere auf die Beratung zukommen.

In der letzten Frage, „welche Wünsche und Anregungen haben Sie an den Arbeitgeber?“ konnten die Kolleginnen und Kollegen noch entsprechende Forderungen und Wünsche formulieren. Die Antworten bestätigen in vielen Fällen die Auswertungen zu den vorherigen Fragen. Auf die Einzelheiten soll in diesem Schreiben nicht mehr weiter eingegangen werden.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, gerne würde der Verband das Ergebnis der Umfrage mit Ihnen bzw. mit Vertretern Ihres Hauses noch näher besprechen und erörtern. **Ich bitte Sie deshalb um einen Gesprächstermin.** Für einen entsprechenden Terminvorschlag bin ich Ihnen sehr verbunden.

Ein gleichlautendes Schreiben geht zeitgleich an den Amtschef, Herrn MD Josef Huber, Herrn Präsident Georg Wirth, Staatliche Führungsakademie, sowie den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats Herrn Peter Scholler.

Mit freundlichen Grüßen

Mayer Georg,
Stellv. Vorsitzender